

# NACHRICHTEN

Pro & Contra

## Soll ein Dienstjahr für junge Menschen Pflicht werden?

Soll es ein Allgemeines Soziales Jahr (ASJ) für alle jungen Männer und Frauen im Anschluss an die Schulzeit verpflichtend geben? Den Gedanken dazu brachte jüngst CDU-Generalsekretärin Annegret Kamp-Karrenbauer auf. Die Debatte beschäftigt die Pflege- und Sozialbranche sehr.

### PRO

Die jetzt ausgelöste politische Debatte zur Frage eines allgemeinen sozialen Jahres für alle Schulabgänger begrüße ich sehr. Einen entsprechenden Vorschlag hatte Bethel bereits im vergangenen Jahr öffentlich gemacht. Ich verspreche mir davon mehr Identifikation der jungen Menschen mit unserer Gesellschaft und ein besseres Verständnis für die Lebenslagen unterschiedlicher Menschen.

Verständnis und Toleranz sind derzeit in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, ja in ganz Europa, auf dem Rückzug. Die Gemeinsamkeiten schwinden, die Individualisierung nimmt zu. Diese Spaltung der Gesellschaft und die Unzufriedenheit der Menschen bedrohen letztlich den inneren Frieden. In Deutschland und in Europa insgesamt gilt es dringend, gegenseitiges Verständnis und gesellschaftlichen Konsens zu stärken. Eine tief verankerte Solidarität, Engagement für andere, Kontakte knüpfen über soziale und nationale Grenzen hinweg, fremde Lebensverhältnisse verstehen lernen, Einfühlungsvermögen entwickeln – das alles schafft den notwendigen Zusammenhalt. Die aktuelle Lage der EU verlangt geradezu nach dieser europäischen Ausrichtung eines allgemeinen sozialen Jahres.

So könnte die junge Generation zum Mutmacher für unsere unter Vereinzelung, Ausgrenzung und Entsolidarisierung leidenden und insgesamt kriselnden Gesellschaften werden. Die junge Generation kann am ehesten künftig Akzente setzen.

Damit das gelingt, ist es sinnvoll, dass alle Schulabgänger ein soziales Jahr leisten; nicht nur die ohnehin schon gesellschaftlich engagierten jungen Leute. Schließlich ist ein solches Jahr auch ein Beitrag für die



Pastor Ulrich Pohl, Vorstandsvorsitzender der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Foto: Stiftung Bethel

Allgemeinheit und zudem die Möglichkeit, die eigene soziale Kompetenz zu stärken, sich beruflich zu orientieren, ja eine Bürgeridentität zu entwickeln.

#### Es geht nicht um Personalgewinnung für sozialen Bereich

Beim allgemeinen sozialen Jahr geht es mir nicht um die Personalgewinnung für den sozialen Bereich. Wir haben zum Beispiel in unserem freiwilligen „Betheljahr“ mehr als doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber im Jahr wie Plätze. Wichtig ist mir die Entwicklungsperspektive für unsere Gesellschaften. Darum sollte in den Aufgaben auch die Wahlfreiheit zwischen Ökologie, Kultur oder sozialem Bereich gegeben sein.

In einer repräsentativen Umfrage in Deutschland, die Bethel kürzlich in Auftrag gegeben hatte, haben sich übrigens 75 Prozent der befragten Erwachsenen für einen solchen Dienst für alle ausgesprochen. Ich bin überzeugt, ein neu entstehendes Gemeinschaftsverständnis als Kontrapunkt gegen die Individualisierungstendenzen, gegen Abschottung und Ausgrenzung würde uns guttun.

## Dienstpflicht

### CONTRA

In 30 Jahren Zivildienst verrichteten über 100 000 junge Männer ihren Dienst bei der Arbeiterwohlfahrt (Awo). Sie waren für uns von großer Bedeutung, denn im Zivildienst haben sie wichtige Erfahrungen in den verschiedensten Feldern der sozialen Arbeit gemacht und Aufgaben erledigt, die sonst liegen geblieben wären. Nicht wenige haben später ihre berufliche Zukunft bei der Awo gefunden. Als 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, bedeutete dies eine Zäsur. Unterstützen wir deshalb ein verpflichtendes soziales Jahr für Schulabsolventen? Keineswegs.

Auch wenn die Idee eines Pflichtjahres einen gesellschaftlichen Nerv getroffen zu haben scheint, ist sie doch völlig unausgegoren. So müssten bei einer Dienstpflicht jährlich für rund 500 000 junge Menschen leistbare und arbeitsmarktneutrale Tätigkeitsfelder gefunden werden.

Abgesehen von verfassungsrechtlichen Problemen bezüglich eines Zwangsdienstes bleibt die Frage nach dem Ziel. Es scheint so etwas wie ein Naturgesetz zu sein, dass die ältere Generation den Jüngeren wenig Sinn für das Gemeinwohl unterstellt. Den Fakten entspricht das nicht. In diesem Jahr leisten rund 100 000 überwiegend junge Menschen bundesweit einen Freiwilligendienst. Der mangelnde gesellschaftliche Zusammenhalt, über den es sich durchaus zu diskutieren lohnt, liegt ganz bestimmt nicht an der Jugend.

Möchte man den Gemeinsinn stärken, muss Engagement noch viel ernster genommen werden. Was wir wirklich benötigen, ist mehr Wertschätzung und Anerkennung für Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten. Geeignete Maßnahmen dazu wären zum Beispiel eine

bessere Anerkennung eines Freiwilligendienstes im Rahmen von Ausbildung, Studium und Beruf sowie kostenlose Nahverkehrstickets für Freiwillige.

Es gibt ein strukturelles Fachkräfteproblem im sozialen Bereich, das lässt sich aber nicht mit zwangsverpflichteten jungen Erwachsenen lösen. Im Gegenteil, die häufig ohnehin schon überlasteten Fachkräfte müssten sich zusätzlich um unfreiwillige Helfer kümmern. Was wir stattdessen benötigen, sind mehr Fachkräfte, die gut ausgebildet und motiviert sind, ihren so fordernden wie erfüllenden Job beispielsweise in der Altenpflege auszuüben. Mit den Bemühungen um eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte, bspw. durch einen allgemeingültigen Tarifvertrag, werden hier aktuell die richtigen Weichen gestellt.



Awo Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler. Foto: Awo Bundesvorstand

Als Awo setzen wir klar auf Freiwilligkeit. Wir stehen für ein selbstbestimmtes und mit den eigenen Interessen verknüpfbares freiwilliges Engagement und sehen darin einen großen Gewinn für die jungen Menschen, für die sozialen Einrichtungen und für die Gesellschaft insgesamt.

### Serie: Die Anforderungen der Digitalisierung, Teil VI

## Digitalisierung entlastet Pflegekräfte

Von Giovanni Bruno

**Berlin //** Aktuell wird ein Anstieg der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2050 auf mehr als 4,7 Mio. Menschen prognostiziert. Demgegenüber werden dann etwa 200 000 Pflegefachkräfte fehlen. Die einzige realistisch gangbare und funktionale Antwort darauf ist die zügige Umsetzung der Digitalisierung der Branche.

Vielorts herrscht Verwunderung, zumal der digitale Wandel sich weniger schnell als erwartet durchsetzt. Die Gründe sind vielfältig. Einerseits ist die Branche mit den Anforderungen nicht vertraut; die Unternehmen benötigen Hilfe seitens der Technologie-Anbieter. Hinzu kommt, dass Automatisierung von Angehörigen als das Gegenteil von menschlichem Umgang verstanden

wird und in dieser Hinsicht bislang die notwendige Akzeptanz fehlt. Nicht minder problematisch ist, dass digitale Hilfsmittel im Hilfsmittelkatalog der Krankenkassen nur verzögert bis gar nicht aufgenommen werden.

Und letztlich wurden digitale Projekte vom Bund lange nicht ausreichend gefördert. Exakt an diesem Punkt sind nun erste positive Signale erkennbar: Unter der Bezeichnung „go-digital“ hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) ein Förderprogramm für die Digitalisierung installiert, bei dem bis zu 50 Prozent anfallender Beratungskosten erstattet werden können. Das Paradoxe angesichts der gegenwärtigen und perspektivischen Missstände: Die technischen Möglichkeiten sind für den Einsatz in vielen Bereichen bereits vorhanden. Sie

müssen lediglich in den Arbeitsalltag integriert und teils seitens der Krankenkassen gelistet werden.

So bietet die programmierbare Tablettenbox „Careousel“ (Mediring, de) die Möglichkeit, die Medikation langfristig zu automatisieren. Pillohealth.com hat einen Roboter entwickelt, der per automatischer Gesichtserkennung die Medikamente bereitstellt. Auf AAL-Basis gibt es Matratzen, die Pflegekräfte informieren, falls Bettlägerige sich zu ungewohnten Zeiten bewegen oder gar aufstehen. Weitere Entlastung für das Pflegepersonal ermöglicht der ePen, eine Art Kugelschreiber, der das Geschriebene sofort speicherbar digitalisiert. Medifox bietet die Dokumentation über eine Smartphone-App, wodurch die verpflichtende Dokumentation schnell und effizient er-

folgt, aus dem Patientenzimmer direkt in die EDV übermittelt wird und an jedem beliebigen Ort wieder abrufbar ist.

Grundvoraussetzung für die Implementierung der Hilfsmittel und Maßnahmen ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur im Pflege-

geuntern. Eines der speziellen Themen der Cloudprojekt GmbH, die mit ihren Dienstleistungen rund um das Thema „Digitalisierung“ den Unterbringungskomfort von Menschen erhöhen möchte. Dabei geht es in erster Linie um die Notwendigkeit, Bewohner in Pflegeeinrichtungen mithilfe digitaler Technologien am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Cloudprojekt berät Pflegeunternehmen in allen Fragen der Digitalisierung, um mögliche Optimierungspotenziale in jeder einzelnen Einrichtung zu identifizieren und zu bewerten. Diese und weitere Leistungen können über „go digital“ gefördert werden.

#### DIE SERIE

1. Die Website
2. Active Sourcing
3. Employer Branding
4. Personalmarketing
5. Reputation und Arbeitgeber-Wahrnehmung
6. Digitalisierung entlastet Pflegekräfte

Der Autor ist Gründer und Geschäftsführer der fokus digital GmbH, [fokus-d.de](http://fokus-d.de)